

# Kommune 2.0

## E-Government "von unten"

(BS) Einen Perspektivwechsel zur nationalen E-Government-Diskussion initiiert der Berliner "Kommune 2.0 e.V." Ein Hauptziel des Vereins ist, den Kommunikationskreislauf zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu stärken. Die Mitglieder des Vereins entwickeln mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung Szenarien aus kommunaler Sicht. Wolfgang Scherer, Gründungsvorsitzender des Vereins, erläuterte im Interview mit Behörden Spiegel-Redakteur Guido Gehrt die Zielsetzung des neuen Vereins.

**Behörden Spiegel:** Warum engagiert sich Kommune 2.0 für einen Perspektivwechsel im nationalen E-Government?

**Scherer:** Die zukünftige Leistungsfähigkeit der Kommunen wird davon abhängen, ob und wie es gelingt, die Potenziale der Web 2.0- und Cloud-Technologien sowie die damit verbundenen Organisationsmöglichkeiten in der Fläche über alle Verwaltungsstufen hinweg zu nutzen. Dies ist nur möglich, wenn effiziente und sichere Infrastrukturen in einem neuen Miteinander der Fachkompetenzen aus Kommunen, Ländern und dem Bund entstehen. Für die Analyse und Diskussion der innovativen Gestaltungsmöglichkeiten – interkommunal und ebenenübergreifend – gab es bisher kein institutionell organisiertes Forum, das die Sicht von Städten, Kreisen und Gemeinden in den Mittelpunkt einer konzeptionellen Arbeit stellt. Kommune 2.0 bietet deshalb eine Plattform für alle Akteure, die die Relevanz der Bottom-up-Sicht für Entwicklungen im nationalen E-Government erkannt haben.

Denn der Erfolg aller Bemühungen von Bund und Ländern zur Modernisierung der öffentlichen Verwaltung ist abhängig von dem Nutzen, der auf kommunaler Ebene für Bürgerschaft und Wirtschaft entsteht. Über 90 Prozent der notwendigen Leistungen und Kontakte bewältigt seit jeher die kommunale Verwaltung. Erst im kommunalen Kontext erbringen föderale Infrastrukturen daher den Nachweis ihrer Praxistauglichkeit.

**Behörden Spiegel:** Wie will Kommune 2.0 den hierfür erforderlichen Dialog zwischen Kommunen, Ländern und dem Bund stärken?

**Scherer:** Mit dem Kommune 2.0 e. V. wollen wir den Diskurs zwischen allen interessierten Akteuren aus Politik, Verwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft organisieren und institutionalisieren.

Über unsere Plattformen werden Good-Practice-Erfahrungen mit kommunalen Modellvorhaben, Pilot- und Referenzprojekten ausgetauscht. In er-



Wolfgang Scherer ist stellvertretender Geschäftsführer des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe (krz) und Gründungsvorsitzender von Kommune 2.0 e.V.

Foto: BS/krz

gänzenden Veranstaltungen des "InnovationsZentrums für Kooperative Verwaltung" von Fraunhofer FOKUS werden die Empfehlungskataloge und Innovationsszenarien in der Folge von Entscheidern aus Bund, Ländern und Kommunen analysiert und bewertet.

Mit der Bottom-up-Sicht ergeben sich neue konzeptionelle Ansätze und Antworten zu Fragen, die schon lange im Raum stehen.

Wie kann kommunale Aufgabenerledigung durch kooperatives IT- und Informationsmanagement auf Länderebene unterstützt werden? Welche organisatorischen, technischen bzw. rechtlichen Modelle haben sich bereits in einzelnen Ländern bewährt – und welche davon sind übertragbar? Wie können Projekte der Bundesregierung und des IT-Planungsrats aus kommunaler Sicht zu mehr Effizienz und insbesondere zu mehr Sicherheit beitragen?

Ein Hauptziel des Vereins ist es, den Kommunikationskreislauf zwischen Bund, Ländern und Kommunen zu stärken. Nur wenn Landes- und Bundesebene differenziert die Bedarfe der Kommunen kennen, können sie darauf zielgenau reagieren.

**Behörden Spiegel:** Welche konzeptionelle Bedeutung kommt den IT-Dienstleistern zu?

**Scherer:** Kommunale IT-Dienstleister spielen eine Schlüsselrolle für unsere Aktivitäten – sie sind die strategischen Partner für die Realisierung der lokalen wie regionalen 2.0-Infrastrukturen. Die Mitglieder sind an innovativen organisatorischen Lösungen für die Entwicklung von E-Services interessiert. Dazu gehören mobile und geobasierte Systeme ebenso wie intelligente Assistenzsysteme, die den Beratungsauf-

wand der Verwaltung reduzieren.

Mit der zunehmenden Relevanz effizienter 2.0-Infrastrukturen für die kommunale Aufgabenerledigung gewinnt zugleich das Thema "Sicherheit" rapide

an Bedeutung. Der Ausfall einer einzigen Telekommunikations-Vermittlungsstelle im Sauerland führte im Januar zu verhängnisvollen Auswirkungen auf die öffentliche Infrastruktur: Leitstellen waren nicht erreichbar, Geldautomaten standen still, Handy- und Festnetz waren gestört – und auch drei kommunale Datenzentralen konnten gar nicht oder nur eingeschränkt mit den angeschlossenen Verwaltungen kommunizieren. Ursache war ein Brand im Kommunikationsknoten.

**Behörden Spiegel:** Wie wollen Sie bei Kommune 2.0 das Sicherheits-Thema aufgreifen?

**Scherer:** Wir werden in der Kommune-2.0-Dezernatskonferenz "Sicherheit & Katastrophenschutz" kompetenzübergreifend das Thema behandeln. Es ist dringend geboten, sowohl die klassische kommunale und staatliche IT wie auch den Zivil- und Katastrophenschutzbereich miteinander ins Gespräch zu bringen und dabei auch Telekommunikationsbetreiber einzubeziehen. In den zurückliegenden Jahrzehnten hat sich hier eine Art Parallelstruktur etabliert.

Es ist an der Zeit, das in manchen Regionen bereits erreichte Best-Practice-Niveau zum Maßstab gesamtstaatlicher Vorgaben zu machen. Dazu zählen gemeinsame Standards, die Absicherung von Übergängen in das neue Verbindungsnetz 2015 sowie gemeinsame Kriterien für Auswahl und Zertifizierung sicherer Produkte. Insgesamt muss das Sicherheitsniveau in der gesamten öffentlichen Verwaltung erhöht werden.

Weitere Informationen zu Kommune 2.0 e. V. unter: [www.kommune2-0.de](http://www.kommune2-0.de)